

Präsident Kennedy warnt Moskau

Gromyko bleibt unnachgiebig — Chruschtschow nach den USA

Washington (ap/dpa/upi). Das Gespräch zwischen Präsident Kennedy und Gromyko über die Berlin-Frage ist ergebnislos verlaufen. Gromyko beharrte in dem Gespräch mit dem amerikanischen Präsidenten darauf, daß nur über den Abzug der alliierten Streitkräfte aus Berlin verhandelt werde. Der amerikanische Präsident wies erneut darauf hin, daß diese Frage für den Westen kein Verhandlungsgegenstand sei. Nach amtlicher Mitteilung aus Washington hat Kennedy durch Gromyko den sowjetischen Ministerpräsidenten Chruschtschow noch einmal eindeutig darauf hingewiesen, daß die Vereinigten Staaten entschlossen seien, ihre Anwesenheit in Berlin, die Freiheit der Stadt und den freien Zugang notfalls mit Waffengewalt zu verteidigen.

Trotz der unnachgiebigen Haltung des Kreml in der Berlin-Frage rechnet man mit einem Besuch Chruschtschows in den USA im Laufe des nächsten Monats.

Der Pressesekretär des State Department, Lincoln White, er-

klärte am 19. Oktober vor Journalisten, in den Gesprächen Kennedys und Ruskys mit Gromyko sei „kein Fortschritt“ erzielt worden. Dem Vernehmen nach hat Gromyko bei der sowjetischen Forderung nach einem Abzug der alliierten Trup-

pen aus Berlin keinen Termin genannt.

Bei einem gemeinsamen Essen, das Rusk für den sowjetischen Außenminister Gromyko gab, soll es dem amerikanischen Außenminister nicht gelungen sein, Gromyko von der Notwendigkeit von Verhandlungen über eine internationale Zufahrtsbehörde und andere Maßnahmen, die zur Minderung der Spannungen in Berlin führen könnten, zu überzeugen. Wie aus Washington verlautet, soll Kennedy auf Andeutungen Moskaus über die Möglichkeit eines Besuches von Chruschtschow in den Vereinigten Staaten „neutral“ reagiert haben.

Die Zurückhaltung, mit der die amerikanische Regierung auf Chruschtschows Wunsch reagierte, wird damit begründet, daß sich in den Besprechungen Gromykos mit Kennedy keinerlei neue Gesichtspunkte in der Berlin-Frage ergeben hätten.

Rotchinesische Truppen im Angriff

Schwere Kämpfe an der chinesischen Grenze — Hohe Verluste

Neu Delhi (upi/ap/dpa). In dem umstrittenen Gebiet an der indischen Nordostgrenze sind rotchinesische Truppen in den frühen Morgenstunden des 20. Oktober zum Großangriff angetreten und haben die indischen Einheiten zum Rückzug gezwungen. Wie der indische Verteidigungsminister Menon mitteilte, ist der wichtigste indische Militärposten in Dhola in chinesische Hände gefallen. Dhola liegt fünf Kilometer südlich der McMahon-Linie, die die Grenze zwischen Indien und China bildet. Das Kampfgebiet umfaßt mehr als 30 Quadratkilometer und liegt südlich des Thagla-Flusses, der in der Vergangenheit wiederholt Schauplatz indisch-chinesischer Zusammenstöße war.

Nach Angaben Menons haben die indischen Soldaten ihre

Stellungen „bis zur letzten Patrone“ gehalten und seien nur vor der großen chinesischen Übermacht zurückgewichen. Informationen aus Rotchina und Indien deuten darauf hin, daß die Verluste auf beiden Seiten erheblich sind.

Rotchina und Indien haben sich gegenseitig beschuldigt, die Kampfhandlungen eröffnet zu haben. Den Bericht der rotchinesischen Nachrichtenagentur „Neues China“, wonach die indischen Truppen die Kampfhandlungen begonnen hätten, wies Menon als Fälschung zurück.

Der chinesische Angriff muß nach den Worten Menons seines massiven Charakters wegen von langer Hand vorbereitet gewesen sein. Die Pekinger Regierung, so sagte Menon, habe zur gleichen Zeit Gesprä-

che über eine friedliche Beilegung des Grenzdisputs vorge schlagen und eine großangelegte Aggression vorbereitet.

Der Verteidigungsminister wies darauf hin, daß die Chinesen bis fast zur McMahon-Linie Verbindungsstraßen gebaut hätten und mit Fahrzeugen Nachschub heranbringen könnten. Die Inder könnten den Nachschub demgegenüber nur mit Hubschraubern und Trägern bewältigen.

Die sowjetische Regierungszeitung „Iswestija“ erwähnte die schweren Kämpfe mit keinem Wort. Die Zeitung setzte damit das Schweigen fort, daß alle sowjetischen Publikationsorgane bisher in der Frage des indisch-chinesischen Grenzkonfliktes wahren.

Rostow: Wiedervereinigung bleibt Ziel

Enger Mitarbeiter Präsident Kennedys sprach in Berlin

Berlin (Eigenbericht). Im vollbesetzten Auditorium maximum der Freien Universität sprach am 18. Oktober der Vorsitzende des politischen Planungstabes im amerikanischen Außenministerium, Walt Rostow, vor der Ernst-Reuter-Gesellschaft zu allgemeinen weltpolitischen Problemen. Zur Deutschland-Frage erklärte Rostow, die USA hätten bei ihren Bemühungen um die Lösung der Berlin-Frage nicht das größere Ziel der Wiedervereinigung Deutschlands aus dem Auge verloren.

Rostow erinnerte die Sowjetunion in diesem Zusammenhang an die von ihr auf der Genfer Gipfelkonferenz 1955 eingegangenen, aber bisher nicht eingelösten Verpflichtung, wonach „die Bereinigung der deutschen Frage und die Wiedervereinigung Deutschlands mittels freier Wahlen im Einklang mit den nationalen Interessen des deutschen Volkes und den Interessen der europäischen Sicherheit durchgeführt werden sollen“.

Zum Berlin-Problem versicherte Rostow, daß die USA den Schutz der deutschen Hauptstadt, der nur durch die Anwesenheit alliierter Truppen gesichert sei, weiterhin aufrechterhalten würden.

Weitreichende Maßnahmen

Die USA und ihre Alliierten versuchten, ihre Festigkeit in Berlin so klarzumachen, daß eine Krise abgewandt werden könne. Es seien deshalb eine ganze Reihe von weitreichenden Maßnahmen vorgesehen. Die Gefahr in der Berlin-Situation bestehe jedoch nach Auffassung Rostows vor allem darin, daß die Sowjets die Warnungen der USA nicht ernst genug nehmen könnten oder aber die Folgen ihrer möglichen Berlin-Aktionen nicht richtig einschätzten.

„Los von Moskau“

Rostow ging auch auf die Verhältnisse innerhalb der kommunistischen Welt ein. Er vertrat die Auffassung, daß sich in der kommunistischen Welt eine Tendenz entwickelt habe, die auf ein Auseinanderfallen innerhalb des kommunistischen Blocks und eine fortschreitende Lösung von der Kontrolle Moskaus über die kommunistischen Parteien in aller Welt abziele. Es gebe jetzt keine kommunistische Partei, die nicht — so oder so — von der schismati-

schen Debatte über den chinesisch-sowjetischen Konflikt und den mit diesem Konflikt in Verbindung stehenden ideologischen, politischen und anderen Machtproblemen berührt sei.

Durchbruch nicht erzielt

Das Weltbild, wie es von Moskau gesehen wird, hat sich nach Ansicht Rostows in den vergangenen zwei Jahren grundlegend geändert. Die Politik, welche Chruschtschow nach Übernahme seiner Führerposition in der Sowjetunion in Bewegung setzte, habe keinen Durchbruch erzielen können. In der Zwischenzeit hätten die Verantwortlichen in der westlichen Welt eine tiefe, aber stille Krise in der Geschichte des Kommunismus herbeigeführt. Moskau müsse sich

nun fragen: Wohin gehen wir von hier aus? betonte Rostow.

Im Laufe des Tages hatte sich Rostow auf einer Rundfahrt durch die Stadt eingehend über verschiedene Fragen informiert. In der Bernauer Straße verließ er das Auto und betrachtete von einem Podest aus die kommunistischen Sperrmaßnahmen. Er erklärte, in der Berlin-Frage gehe es nicht nur um die Erhaltung der Freiheit der Stadt, sondern um die Bewahrung der Freiheit überhaupt.

Mit Berlin verbunden

Berlin (Eigenbericht)(dpa). Die Mitglieder des Politischen und des Verteidigungsausschusses der Beratenden Versammlung der Westeuropäischen Union haben vor ihrem Abflug aus Berlin noch einmal ihre Verbundenheit mit der Stadt betont. In einem Telegramm an Bundesminister Lemmer dankten sie für die großzügige Gastfreundschaft. Im Telegramm an den Regierenden Bürgermeister Brandt wurde ebenfalls die Verbundenheit mit der „tapferen Bevölkerung des freien Berlins“ hervorgehoben.

Keine Anerkennung des Zonen-Regimes

Eindringliche amerikanische Warnung an Moskau

Washington (ap/dpa). Präsident Kennedys Sonderberater, Bundy, hat am 16. Oktober betont, daß eine Anerkennung Pankows „nicht auf der Tagesordnung“ stehe. In einem Interview mit dem WDR-Fernsehen sagte der kürzlich von einer Europa-Reise zurückgekehrte Berater Kennedys, er sei mit Adenauer der Meinung, daß die „unmenschlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse in der Zone einer Anerkennung im Wege stehen“.

Auf die Frage, ob die USA das Viermächtestatut für ganz Berlin zugunsten einer Dreimächtegarantie für West-Berlin in den Hintergrund gedrängt wissen möchten, sagte Bundy, daß damit beide Elemente der amerikanischen Berlin-Politik berührt würden. Auf Grund der Viermächteabkommen hätten die

Amerikaner Rechte in ganz Berlin, die sie nicht vernachlässigen würden. Andererseits müsse ein besonderes Augenmerk auf die Lebensrechte der Westberliner Bevölkerung gerichtet werden. Die drei „essentials“ seien nach wie vor unabdingbar.

Bundy sagte weiter, es sei notwendig, daß die sowjetisch-amerikanischen Berlin-Gespräche fortgesetzt würden. Mit der Bereitwilligkeit zu Gesprächen stelle Washington vor aller Weltöffentlichkeit klar, daß die Verantwortung für eine Verschlechterung der Lage ausschließlich bei den Sowjets liege. Die Sowjets dürften aber nicht daran zweifeln, daß die USA gewillt seien, den Zugang nach Berlin im Ernstfalle sogar mit Atomwaffen freizuhalten. Diese Entschlossenheit könne gar nicht oft genug wiederholt werden.

Berlin hat Freunde in der UNO

Viele Redner unterstützten westliche Haltung — Ostblock isoliert

New York (dpa). Trotz aller Propaganda in der Berlin-Frage steht der Ostblock mit seiner Berlin-Politik in der UNO isoliert und kann höchstens auf die Unterstützung von vier bis sechs UNO-Mitgliedern außerhalb des Ostblocks rechnen. Das ist das Ergebnis der Berlin-Diskussion in der Generaldebatte der UNO-Vollversammlung.

Von 93 Rednern haben bis zum 17. Oktober 53 zum Berlin-Problem Stellung genommen. 30 davon unterstützten die westliche Haltung, während sieben zwar Berlin erwähnten, aber keine Stellungnahme abgaben. Die zehn Sowjetblockmitglieder sprachen im Sinne der sowjetischen Vorschläge zu Berlin. Sie wurden vom Irak voll unterstützt, während Ghana und Mali eine sowjetfreundliche und Ägypten und Algerien eine der sowjetischen Seite zuneigende

„Neutralität“ zum Ausdruck brachten.

Übereinstimmung herrschte bei allen Rednern, daß es sich in Berlin um eine der für den Frieden der Welt gefährlichsten Fragen handelt. Ebenso herrschte bei allen nichtkommunistischen Rednern Übereinstimmung darüber, daß die Berlin-Frage mit friedlichen Mitteln auf dem Verhandlungswege gelöst werden solle.

Obwohl neben der Berlin-Frage Kuba, die Abrüstung, die Entkolonialisierung und die EWG zu den in der Generaldebatte am meisten besprochenen Fragen gehörte, herrschte in der UNO der allgemeine Eindruck vor, daß Berlin die wichtigste internationale Frage „am Rande der UNO-Vollversammlung“ ist.

Sechs gelangten in die Freiheit

Berlin (dpa/ap). Fünf Flüchtlinge entkamen in der Nacht zum 18. Oktober unbemerkt durch die Sperrn nach West-Berlin. Ein 19jähriger durchschwamm dabei ein Grenzgewässer. Drei 18jährige entkamen gemeinsam durch den Stacheldraht.

Ein 22jähriger Matrose aus Rostock ist nach einer sechstägigen Flucht in der Nacht zum 17. Oktober nach West-Berlin entkommen. Kurz vor dem rettenden Sprung über den Stacheldraht wurde er gemeinsam mit einem Freund von der Vopo beschossen. Der Freund brach blutüberströmt zusammen. Der Matrose gelangte völlig erschöpft in den freien Teil der Stadt.

Kreml unter Mordanklage

Karlsruhe (ap/dpa). Mit einer Sensation endete am 19. Oktober der Prozeß gegen den sowjetischen Staatsangehörigen Bogdan Staschynskij. Der Dritte Strafsenat des Bundesgerichtshofes sprach ihn von der Anklage des zweifachen Mordes an den Exil-Ukrainern Bandera und Rebet frei und verurteilte ihn lediglich wegen Beihilfe zum Mord in zwei Fällen sowie landesverräterischer Beziehungen zu einer Gesamtstrafe von acht Jahren Zuchthaus.

Senatspräsident Jagusch bezeichnete in seiner Urteilsbegründung die politische Führung der Sowjetunion als den eigentlichen Schuldigen; Staschynskij sei nur ihr Werkzeug gewesen. Es sei „niederschmetternd“, daß die Sowjetregierung, zu der die Bundesregierung diplomatische Beziehungen unterhalte, auf dem Gebiet der Bundesrepublik Mord ausführen lasse.

Der amerikanische Rechtsanwalt Charles Kersten, der in dem Prozeß die Nebenklägerin Frau Bandera vertrat, will aus dem Urteil die Konsequenzen ziehen und Chruschtschow vor der Menschenrechtskommission der UNO des Mordes anklagen.

Vatikan-Haltung unverändert

Deutscher Botschafter erhielt befriedigende Erklärung

Vatikanstadt (kna/dpa). Die Haltung des Vatikans zur Frage der deutsch-polnischen Grenze hat sich nicht geändert. Diese Versicherung ist am 16. Oktober dem deutschen Botschafter beim Vatikan, van Scherpenberg, als Antwort auf seine Anfrage vom 15. Oktober von Erzbischof Dell'Acqua gegeben worden.

Van Scherpenberg sagte: „Die Erklärung ist zufriedenstellend. Für uns ist die Angelegenheit nun erledigt.“ Im übrigen achte die deutsche Botschaft den im Vatikan geltenden Grundsatz, daß alle Unterredungen, die der Papst mit den Konzilsvätern führe, absolut geheim seien.

Das Sekretariat des polnischen Kardinals Wyszynski veröffentlichte am gleichen Tag folgenden Wortlaut der umstrittenen Erklärung: „Wir haben erfahren, daß im fernen

Polen ein Soldat meiner Heimatstadt Bergamo namens Francesco Nullo seine Frau bei der Verteidigung Ihres Landes geopfert hat. Sie sagen mir, daß das wiedergeborene Polen diesem edlen Oberst Denkmäler errichtet hat und daß Straßen nach ihm benannt wurden — so Wroclaw (Breslau) in den nach Jahrhunderten zurückgewonnenen Westgebieten.“

Aus dem Vatikan verlautetete hierzu, die freundliche Begrüßung des polnischen Kirchenfürsten durch den Papst sei nicht als politische Geste gemeint gewesen. Einige seiner Bemerkungen seien möglicherweise nicht verstanden worden.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH, Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richthofen-Str. 2

Schröder und Kennedy völlig einig

Pläne im Falle neuer sowjetischer Drohung gegen Berlin

Washington (dpa/ap/upi). In einem etwa anderthalbstündigen Gespräch haben Präsident Kennedy und Bundesaußenminister Schröder am 17. Oktober im Weißen Haus wesentliche Pläne erörtert, mit denen einer möglichen neuen sowjetischen Berlin-Drohung begegnet werden soll. Wie Schröder nach der Besprechung erklärte, habe er bei seinem Gespräch mit Präsident Kennedy eine volle Übereinstimmung in der Einschätzung der Berlin-Frage erzielt.

Diese Übereinstimmung erstreckte sich auch auf die Methoden, mit denen der Westen in Zukunft jeder Lage zu begegnen hat. Kennedy habe in den Berlin-Fragen einen sehr festen Standpunkt eingenommen, fügte Schröder hinzu.

Vor der Presse erklärte Schröder, sein Besuch bei Kennedy habe den Abschluß der Unterhaltungen gebildet, die er vorher in Washington mit Außenminister Rusk und Verteidigungsminister McNamara führte. Zugleich hätten diese Besprechungen der Vorbereitung auf den Besuch von Bundeskanzler Adenauer Anfang November gedient. Dieser Be-

such werde Gelegenheit geben, erneut über die bis dahin verstärkte westliche Planung zu sprechen. Schröder kündigte an, daß er zusammen mit dem Kanzler am 7. November wieder nach Washington kommen wird.

Der Außenminister betonte, daß in seinem Gespräch mit Kennedy die Frage der Anwesenheit von Organen der UNO in Berlin keine Rolle gespielt habe. Der entscheidende Punkt sei die Anwesenheit der alliierten Truppen in Berlin, betonte Schröder. Die Anwesenheit von UNO-Organisationen in der deutschen Hauptstadt könne nützlich sein, vorausgesetzt, daß

die westlichen Truppen in der Stadt bleiben.

„Das Beste ist für uns, unseren eigenen festen Standpunkt auszudrücken“, erklärte Schröder. Die Berlin-Krise bestehe nun jetzt schon seit vier Jahren. Die Aufgabe des Westens bleibe es weiterhin, fest zu bleiben und nicht von der Linie abzuweichen, die er bisher eingeschlagen habe.

US-Botschafter bei Chruschtschow

Moskau/Washington (ap/dpa/upi). Der neuernannte amerikanische Botschafter in Moskau, Kohler, hat am 16. Oktober ein dreistündiges Gespräch mit Chruschtschow geführt. Wie der Moskauer Rundfunk meldete, „verlief die Besprechung in einer Atmosphäre der Aufrichtigkeit und des gegenseitigen Verstehens“.

Wie verlautet, stand die Berlin-Frage im Mittelpunkt der Besprechungen. Auch in Washington war Berlin das Hauptgesprächsthema. Bundesaußenminister Schröder führte ein längeres Gespräch mit dem amerikanischen Verteidigungsminister McNamara. Anschließend hatte der Außenminister eine Unterredung mit Kennedys Sonderberater Bundy.

Nach einem Bericht des Moskauer Rundfunks wurden bei der Besprechung zwischen Kohler und Chruschtschow „eine ganze Reihe internationaler Fragen und besonders die sowjetisch-amerikanischen Beziehungen“ erörtert.

Liebe Leser!

Wir wollen gern wissen, wo diese Wochenausgabe verteilt worden ist. Schreiben Sie bitte auf einer Ansichts- oder Postkarte mit falschem Absender, wo Sie dieses Blatt gefunden haben, an folgende Anschrift: Kurt Hoffmann, Berlin-Tempelhof, Siegertweg 38.

Wir danken für Ihre Hilfe.



Die Außenminister Rusk und Schröder